

Zögern und Verzweifeln durch Risikoströme

Die Erfassung zwischen einem Dorf und den Stromtrassen des Stromnetzausbaus der BRD

Joost van Loon

Beitrag zur Veranstaltung »Krisen des Wissens« der Sektion Wissenssoziologie – organisiert von Michaela Pfadenhauer und Rainer Schutzeichel

Emsing: Ein bayerisches Dorf unter Hochspannung

Februar 2014, kurz vor der Kommunalwahl und nach der letzten Versammlung von Mitgliedern der CSU (der größten politischen Partei in Bayern) in der Lokalwirtschaft des Dorfes »Emsing«¹, gibt es große Aufregung. Bernhard Spielbauer, einer der Kandidaten für die CSU für den Gemeinderat »Markt Titting«, kommt zu meinem Tisch und fragt, ob ich es schon mitbekommen habe. Da ich nicht bei der Versammlung anwesend war und nur in der Wirtschaft war, um mit meiner Familie etwas zu essen, hatte ich keine Ahnung. Er ist erstaunt (da er davon ausging, dass der Dorfsoziologe schon alles weiß) und zeigt mir Papiere. Sie sehen aus wie Landkarten und Pläne. Sie zeigen das Anlautertal und einen großen schwarzen Streifen, der genau über Emsing gezogen worden ist. »Das sind riesige Monsterstromtrassen, so etwas hast du noch nie gesehen« sagt er. Mindestens 70 Meter hoch und 50 Meter breit sollten diese Stromtrassen werden. Da das Tal genau bei Emsing so schmal ist und oben am Berg schon Windräder stehen, gibt es auch keine Ausweichmöglichkeiten. »Wir müssen etwas dagegen tun. Dies darf nicht passieren.«

Damit wir nicht einfach in einen leeren Raum über abstrahierte Allgemeinheiten unsere empirische Orientierung verlieren, möchte ich gern mit dieser kleinen Vignette das Thema der »Krise« anstoßen. Bernhard ist beunruhigt; er hat Informationen bekommen, die er als eine Bedrohung erfährt; er ist davon überzeugt, dass man handeln muss, weiß aber noch nicht wie. Anscheinend hat er bei der Sitzung der CSU Mitglieder erfahren, dass er nicht darauf vertrauen kann, dass seine Partei mittels parteiinternem Verfahren, die geplanten Stromtrassen verhindern könnte. Die Parteiführung der CSU zögerte anscheinend, eine Stellungnahme abzugeben. Für die anwesenden CSU Mitglieder war dieses Zögern gut nachvollziehbar: Ihre eigene Partei hatte bereits im Juli 2013 im Bundestag eine Beauftragung der Bundesnetzagentur zur Planung

¹ Emsing ist Teil der Gemeinde »Markt Titting« und liegt im Anlautertal im Grenzgebiet zwischen Oberbayern und Mittelfranken. Es hat ungefähr 290 Einwohner.

des Stromnetzausbaus mit einem positiven Votum unterstützt, wobei es denn schon auch klar war, dass Bayern davon – und im Besonderen von der Ost-Süd Linie, die von Bad Lauchstädt bei Halle in Sachsen Anhalt nach Meitingen bei Augsburg in Bayern führen sollte – eher negativ betroffen als profitieren wird. Möglicherweise war für die meisten anwesenden CSU-Mitglieder, anders als für Bernhard, das Problem nicht, dass ein ganzes Dorf unter Strom komme. Vielmehr könne die kommende Kommunalwahl ein Fiasko werden, da die CSU als Mitverantwortliche dieser Pläne dafür sehr wahrscheinlich hart bestraft werden würde. Für eine politische Partei ist das fast immer die eigentliche Krise.

Eine monadistische Soziologie der Krise

Krise ist abgeleitet vom Griechischen *krinein* und bedeutet sowohl Urteilen als auch Scheiden im Sinne von Trennung. Dass das griechische Wort *krinesthai* als «Erklären» übersetzt wurde, ist nicht unwichtig, da damit sofort eine Verbindung mit »Wissen« geschaffen wird. Entscheiden und Erklären beziehen sich auf Wissen und deswegen ist eine Krise des Wissens eigentlich etwas Paradoxales. Die Idee, dass Krisen durch Wissen aufgehoben werden können, oder dass ein Mangel an Wissen Krisen verursacht, sollte darum erst einmal kritisch betrachtet werden. Etymologisch ist es nämlich eher umgekehrt: Wissen wird durch Krisen ermöglicht.

Mit diesem kleinen Beitrag werde ich versuchen zu betonen, dass es sinnvoll sein könnte, die wissenssoziologischen Betrachtungen der Krisen des Wissens mit einem monadistischen Ansatz zu ergänzen. Ganz simplifizierend gesagt, geht diese Konzeption nicht davon aus, dass es a priori Subjekte und Objekte gibt, die im Voraus schon voneinander getrennt werden können. Weder Wahrnehmung noch Wissen lassen sich durch diese Trennung richtig verstehen. Stattdessen fordert die Monadologie, dass wir Erfahrung als ein Ereignis einer Begegnung zwischen Monaden (als Entitäten, die die kleinst-möglichen Differenzen ausmachen) auffassen; d. h. diese Erfahrung ist eine Differenz und ermöglicht, dass wir von Subjekten und Objekten (e.g. der Wahrnehmung oder des Wissens) reden können. Handeln und Entscheiden sind dann sekundäre Erfahrungen, die auch wieder ihre Subjekte und Objekte gestalten. Monadismus betrachtet deswegen die Verteilung der Entitäten in Assoziationen zwischen Subjekten und Objekten.

So ist Bernhard einmal Objekt als Betroffener der drohenden Stromtrassen und andermal Subjekt, als besorgter Einwohner, Aktivist, Motivator und Anreger innerhalb der CSU. Die Fotokopien der geplanten Stromtrassen objektivieren sein Dorf; die dicke schwarze Linie markiert den drohenden Tod einer idyllischen Naturlandschaft, die Attraktivität eines beliebten Urlaubsortes, den Wert einer kleinen Ansammlung Wohneinheiten und ihrer Grundstücke und vielleicht auch die Gesundheit der Mitglieder dieser kleinen Gemeinschaft. Die Linie verteilt (im Sinne von Nomos) die Objekte und verhüllt die Subjekte: die Bundesnetzagentur (die aber für diese Planung selbst einen der Netzbetreiber, Amprion, beauftragt hat) und Amprion, die von diesen Trassen stark profitieren würde. Darüber hinaus ist RWE mit 25 % eine der größten Aktienbesitzer von Amprion und RWE macht schon seit einiger Zeit große Verluste. Mit dem geplanten Atomausstieg (der 2012 nach dem Atomkrach in Fukushima kurzfristig und in aller Eile angenommen worden ist), gibt es aber wieder neue Hoffnung für RWE. Die Hoffnung hat auch etwas

Materielles: Braunkohle. Und zufälligerweise ist bei der Planung der Ost-Süd Stromtrasse auch ein geplanter Neubau einer Braunkohlezentrale in der Nähe von Halle miteinbezogen worden, genau dort, wo die Stromtrassen anfangen sollten.

Diese Kette von Subjekten-Objekten kann schwer als eine lineare Kausalität dargestellt werden. Die Betroffenheit ist viel mehr verflochten: jede Handlung scheint immer-schon überholt zu sein.² Was ist genau diese Betroffenheit, die wir auch als Motivation des Handelns verstehen können? Darauf bezieht sich die Frage nach dem Phänomen des Wissens. Wissen ist nie ohne Interesse (vgl. Small, 1905) und eine soziologische Analyse der Wissenspraxis ohne Berücksichtigung der Interessen ist empirisch steril und nutzlos.

Hier sind nur ganz grobe Striche gemacht worden, grober als die schwarzen Linien auf den Papieren von Bernhard, ganz schnell aber wird schon klar, dass wir mit einer großen Komplexität von Interessen zu tun haben. Man könnte das Gesamte einfach mit dem Begriff »Energiepolitik« oder als Manifestationen von »Risiko« zusammenfassen, aber für eine empirisch orientierte Soziologie wäre das gerade die falsche Richtung. Mir geht es erst um die Papiere von Bernhard, womit er mir gezeigt hat, wie die Drohung aussieht, um mich davon zu überzeugen, dass »wir etwas tun sollten«. Diese Papiere versammeln sehr viele Subjekt-Objekt Verteilungen (oder Assemblagen), sie tun aber noch etwas anderes: sie erfassen eine Krise.

Eine monadistische Soziologie beschäftigt sich mit Erfassungen und Auswirkungen von Entitäten im Sinne einer Gestaltung von Assemblagen. Genauso wie in der Wissenssoziologie schon immer betont wird, soll Wissen dadurch nicht außerhalb dieser Assemblagen, sondern als Gegenstände empirischer Metaphysik (Alltagswissen) betrachtet werden. Empirische Metaphysik betrifft alle Formen des Wissens; sie stellt die Kategorien der epistemischen Verfassung (im Sinne von Logos) auf und verbindet sie mit Anerkennungskriterien, womit Gegenstände (in ihrer »Wahrheit«) »wahr-genommen« werden können. Empirische Metaphysik gehört immer zu einer Assemblage und je mehr Entitäten ihren Logos nachfolgen, desto größer die Legitimitätsansprüche ihrer Wahrnehmungen als »wahrhaftes« Wissen. Für die Monadologie kommen Affekte deswegen an erster Stelle. Erfassung oder Auswirkung sind in erster Instanz affektiv als Nomos spürbar. Logos kommt danach.

Laut Dewey (1958) fangen sowohl Philosophie, als auch Kunst, als auch Wissenschaft mit einer empirischen Orientierung an; diese nennt er Erfahrung. Dieser Begriff der Erfahrung ist ganz anders, als das, was oft damit gemeint ist im Sinne von einer Art des »Schon-Wissens«, die man auch in Elfenbeintürmen bewahren könnte. Stattdessen ist Deweys Konzept der Erfahrung durch und durch empirisch: sie ist eine Aktualität der Erfassung und des Betroffen-Seins.³

² Bruno Latour (2005) spricht über Handlungen, die immer-schon überholt sind. Damit verweist er auf die Verkettung von Motivation und Betroffenheit. Ein Handlungsträger muss erst in die Lage gebracht werden, handeln zu können. Kein Handlungsträger ist autonom. Damit verschiebt sich die soziologische Analyse von einem substantziellen zu einem performativen Verständnis des Sozialen.

³ Dewey ist oft Naturalismus vorgeworfen worden (z.B. Popper, 1972, Russell, 1928). Diese Kritik stimmt meistens von einer dyadischen Metaphysik, die a priori voraussetzt, dass man der Wirklichkeit a priori Kategorien auflegen darf, wenn das vernünftig ist, d. h.: die Apriorisierung einer Kategorie ist gerechtfertigt, wenn diese durch Logos begründet werden kann. Platon, Acquin, Descartes, Kant, Hegel und sogar Husserl sind sich hier alle einig. Dewey dagegen besteht darauf, dass die Richtigkeit der Anwendung einer Kategorie nur durch Er-

Deswegen lädt Dewey uns ein, empirischer zu denken. Eine Wissenskrise kann nur als solches existieren, wenn sie erfahren werden kann. Was sind die ersten Hinweise einer Krise im Sinne von Erfahrung?

Zur Beantwortung dieser Frage sollten wir deswegen bei Erfahrung anfangen. Das bedeutet automatisch etwas Konkretes. Stromtrassen sind geplant worden und sie bedrohen die Zukunft eines Dorfes. Die Planung manifestiert sich als eine schwarze Linie auf einer Karte. Bernhard personifiziert diese Erfahrung der Krise, aber die Erfahrung ist nicht nur von ihm abhängig, sonst wäre es nicht erklärbar, warum diese Erfahrung sich wiederholt und eine Betroffenheit einbezieht, die weit über die Person Bernhard hinaus geht.

»Wir müssen etwas daran tun«, das heißt: Es gibt noch Handlungsoptionen. Ohne diese Optionen gibt es keine Krise, sondern nur eine Fatalität wie eine Katastrophe. Krise verweist auf Zeit: Zeit zum Entscheiden, was gemacht werden soll. Krise bedeutet deswegen (Nicht-)Entscheiden: eine Entscheidung soll getroffen werden. Das ist nur sichtbar, wenn nicht alles schon entschieden worden ist. Es ist auch deswegen, dass im Lateinischen der Begriff Krise eher als Finsternis oder Zwischenzeit (Kehre) dargestellt wird: Eine Virtualität zwischen Anforderung und Auslösung.

Deswegen erfährt man Krisen zuerst in Formen des Zögerns: eine erwartete Handlung findet noch nicht statt; etwas bietet Widerstand, eine automatische Verkettung von Aktionen und Reaktionen ist zeitlich unterbrochen worden (Tarde 1899). Eine Krise wird als Zögern erfahren, weil eine Entscheidung angefordert wird, die aber wegen Unbestimmtheiten im Sinne ihrer Konsequenzen verschiedene Interessen einbezieht, die nicht vereinbar sind. Ohne Widerstand gibt es kein Zögern, ohne Zögern gibt es keine Krise.

Dieses Zögern verweist auf einen Knoten von gegensätzlichen Erfassungen, die sich als Interessen konkretisieren lassen. Diese können sowohl innerhalb und zwischen verschiedenen Assemblagen stattfinden. Die Verzögerung, die dadurch erschaffen wird, kann als virtueller Zeitraum dargestellt werden; ihre Quantifizierung verweist auf das Maß der Gegensätzlichkeit, die sich versammelt hat. Je länger das Zögern anhält, desto größer die Krise.

Für viele Mitglieder der regionalen Abteilung der CSU dauerte das Zögern nicht so lange. Der Ministerpräsident von Bayern und zugleich mächtigster Mann innerhalb der CSU, hat sich noch kurz vor der eigentlichen Kommunalwahl gegen die geplanten Stromtrassen ausgesprochen und konnte damit seine Parteimitglieder, die sich an dem Wahlkampf beteiligten, beruhigen. Für Bernhard war die Situation damit aber noch nicht verbessert, weil – anders als bei seinen vielen Parteigenossen – seine Krise nicht nur ein drohender Wahlkampfverlust sondern auch eine persönliche Bedrohung seiner Lebensqualität war. Bernhard hörte deswegen nicht auf und beteiligte sich an der Stiftung einer Bürgerinitiative »Naturpark Altmühltal Gegen die Stromtrassen«.⁴ Kurz danach wird er als Sprecher dieser Initiative berufen.

fahrung bestätigt werden kann. William James (2008) ging noch etwas weiter: nur das, was erfahren werden kann, darf einbezogen werden: nicht mehr und nicht weniger.

⁴ Die Initiative ist auch auf Facebook präsent: <https://de-de.facebook.com/pages/Naturpark-Altmu%3Bhl-tal-gegen-die-Stromtrasse/207072709489911>.

Eine Soziologie der Übersetzung

Diese Initiative war Teil einer ganzen Reihe von Informations- und Protestveranstaltungen. Vielleicht würden Wissenssoziologen darauf hinweisen, dass bei einer solchen Bürgerinitiative oft ein Wissenstransfer von Experten auf Laien stattfindet und dadurch eine neue Art der Sinngebung gestaltet wird. Bis Februar 2014 hat sich kaum jemand für den geplanten Stromnetzausbau interessiert, obwohl genau die Einbindung von Bürgern offiziell als Ziel der Strategie zur Akzeptanzbildung gefordert würde. Expertise war stark konzentriert und im Besonderen hat Amprion dabei fast ein Wissensmonopol (da auch bei der Bundesnetzwerkagentur die eigentliche Expertise fehlte).

Laut der Soziologie der Übersetzung von Michel Callon (1986) werden Netzwerke in vier Schritten gebildet: Problematisierung, Interessement, Enrollment und Mobilisierung. Problematisierung ist nichts Selbstverständliches: der geplante Neubau der Stromtrassen war bisher noch gar kein Problem.⁵ Das Problem musste erst einmal gemacht werden.

Soziologie fängt an, wenn sich Kontroversen zeigen (Latour, 2005). Die politische Entscheidung für den beschleunigten Ausbau der neuen Stromtrassen war bisher nicht kontrovers gewesen, weil es dafür zu wenig Interesse gab. RWE/Amprion hatten natürlich viel Interesse daran, weil sie nur mit einem Ausbau der Stromtrassen mit ihrer Überproduktion an Strom dafür sorgen konnten, dass die Energie nicht verloren ging. Bisher müssen sie alles, was zu viel produziert wird, einfach im Ausland »dumpen«.

Es ist natürlich nicht so, dass die Energiepolitik derzeit keine weiteren Interessen kennt. So war die sogenannte »Energiewende« für die Bundesrepublik Deutschland ein wichtiges internationales Aushängeschild. Die Energiewende bedeutet, dass mehr und mehr Strom, Wärme und Mobilität mittels erneuerbaren Ressourcen produziert wird, weil damit auch bestimmte international verabredete Ziele der Nachhaltigkeit erreicht werden könnten. Aber die Energiewende hat auch unerwünschte Nebenfolgen: sie war so erfolgreich, dass die großen Energiekonzerne (deren Interessen viel weniger mit erneuerbarer Energie sondern mit Kohle- und Atomkraftwerken verbunden sind) durch wachsende Konkurrenz wirtschaftlich nicht mehr so erfolgreich waren. Erneuerbare Energie lässt sich nämlich viel einfacher mittels vom Staat geförderten lokalen und privaten Initiativen gestalten. Obwohl die Förderung seitdem erheblich reduziert wurde (anscheinend war die Energiewende auch für die Bundesregierung zu erfolgreich⁶), ist die Dezentralisierung der erneuerbaren Energieproduktion (z. B. im Bereich Biogas) schwer zu stoppen.

Bernhard war sich nicht sicher, ob die CSU-interne Zusage, der Freistaat Bayern würde den Ausbau blockieren, bis es einen politischen Konsens über die genauen Bestimmungspläne gibt, ausreichen würde. Er hat gezögert und aus dieser Zögerung entstand eine Anregung: Etwas [mehr] soll gemacht werden. Die Bürgerinitiative war zuerst darauf ausgerichtet, dass so schnell wie möglich ein öffentliches Interesse am Ausbau der Stromtrassen entstand. Bis dann hatten

⁵ Es gab natürlich immer Ausnahmen. Die Bundeszentrale für Politische Bildung hat schon in einer Veröffentlichung am 1. März 2013 (Berkel 2013) darauf hingewiesen, dass der geplante Netzausbau kontrovers sein könnte, obwohl sie auch ohne weiteres behauptete, dass die Notwendigkeit der Ausbau an sich unumstritten sei. Quelle: <http://www.bpb.de/politik/wirtschaft/energiepolitik/148524/ausbau-des-stromnetzes>.

⁶ Siehe dazu z. B. die gesetzlich vorgeschriebenen Einschränkungen auf Förderungen für erneuerbare Energieerzeugung: Bundesgesetzblatt Jahrgang 2014 Teil I Nr. 33, S1066-1132. Bonn: 24. Juli 2104.

die Netzbetreiber, Energiekonzerne (deren Interessen stark mit den Netzbetreibern verbunden sind), mit Hilfe der Bundesnetzagentur⁷ (die dafür ein fast reibungsloses politisches Verfahren organisiert hat) wegen ihres Wissensmonopols freies Spiel gehabt. Der Ausbau sei unverzichtbar und die einzigen Kontroversen betreffen Entscheidungen über Kosten.

Dieses Wissensmonopol war danach aber ziemlich schnell unterbunden. Andere Stimmen, zum Beispiel aus ökologischen Bewegungen oder Wissenschaft, werden mobilisiert, um alternative Sichtweisen zu generieren. Die »Unverzichtbarkeit« der Stromtrassen würde in Frage gestellt und damit auch die Legitimität des Gesetzes. Kleine Hinweise auf eine zu enge Interessensverflechtung zwischen der Bundesnetzagentur, den Netzbetreibern, den großen Energiekonzernen und der Bundesregierung werden häufig aufgegriffen, um neue Allianzen zwischen lokalen und regionalen politischen Parteien, Gemeinden und den direkt Betroffenen zu schmieden. Auch dabei spielte der Begriff der Energiewende eine wichtige Rolle.

Hier sind wir beim zweiten Schritt der Netzwerkgestaltung angekommen: *Interessement*. Interessen müssen entwickelt werden und dafür braucht man »Wissen«. Interesse an der Energiewende war notwendig. Callon nennt das ein »*Obligatory Passage Point*« (OPP). Es reichte nicht, einfach zu sagen, dass die Stromtrassen für die Bewohner in der Nähe der geplanten Trajekten schlecht sind, weil damit die Bewohner der weniger-betroffenen Gebiete sofort ein Interesse daran haben könnten, der Planung zuzustimmen. Es gab tatsächlich während der Informationsveranstaltungen auch einige, die keine Petition unterschreiben würden, weil sie froh waren, dass ihre Dörfer nicht direkt betroffen waren. Das Wissen, »wo genau« die Stromtrassen kommen sollten, war deswegen nicht der Kern der Netzbildungsstrategie.

Dass die Stromtrassen große negative Folgen für die Landschaft und Lebbarkeit der Region sind, ist unumstritten; die Kontroversen in diesem Bereich betreffen eher Grenzwerte: wie viel elektromagnetische Strahlung ist gesetzlich erlaubt? Wie nah dürfen die Trassen an schon existierenden Windrädern stehen? Wie groß sind die gesundheitlichen Risiken? Wieviel Kinder dürfen Leukämie bekommen, bevor wir gezwungen werden, die Ursachlichkeit in Bezug auf die Gleichstromtrassen mittels unabhängiger wissenschaftlicher Forschung zu überprüfen? Das waren aber nicht die zentralen Themen der Netzbildung der Bürgerinitiative.

Stattdessen ging es darum zu zeigen, dass jeder Ausbau der Stromtrassen für die ganze Energiewende schädlich sei, unabhängig davon, wo oder in welcher Form. Dabei war es vor allem wichtig zu zeigen, dass (zumindest) der Freistaat Bayern die Stromtrassen für seine Energieversorgung gar nicht braucht. Bayern ist in der Lage, selbst genügend erneuerbare Energie zu gewinnen. Für das *Interessement* in den alternativen OPP, war es daneben auch wichtig zu zeigen, dass die geplante Ost-Süd Stromtrasse gar keine Funktion für erneuerbare Energie haben würde. »Zufälligerweise« ist genau für Bad Lauchstädt eine Braunkohlezentrale geplant worden und Meitingen ist nicht die richtige Station für die weitere Stromverteilung in Bayern, sondern ein Schalter für den Stromexport Richtung Südeuropa. Für die Ost-Süd Gleichstromtrassen wurden keine anderen Verteilungsstationen geplant; d. h. die Stromtrassen sind für die Energieversorgung Bayerns gar nicht geeignet. Drittens spielten bei dem *Interessement* lokale wirtschaftliche Interessen an Energiewende eine große Rolle. Viele Gemeinden und Privatper-

7 www.netzausbau.de/cln_1411/DE/Wissenswertes/Recht/Recht-node.html

sonen haben in erneuerbare Energiegewinnung investiert. Mit dem Ausbau der Stromtrassen würden die großen Energiekonzerne wirtschaftlich unterstützt und weitere Investitionen und Förderungen der erneuerbaren Energieproduktion gehemmt.

Neben den Veranstaltungen spielten auch andere Medien, wie schriftliche Petitionen, Internetwebseiten, Facebook und sogar die traditionellen Medien, wie Radio, Fernsehen und Zeitungen eine wichtige Rolle. Es wäre aber empirisch falsch zu behaupten, dass dieser Wissenstransfer nur über diese gezielten Veranstaltungen und Medien verlief. Es gab nämlich schon innerhalb der Dörfer, wie Emsing, viel Wissen über Energiewirtschaft und Energiepolitik. Emsing war nicht nur schon 2009–2012 stark von dem Bau von 6 Windrädern betroffen, es waren auch viele Emsinger schon Experten in Photovoltaikanlagen. Dieses Wissen wurde schon sehr oft geteilt, z. B. während des wöchentlichen Stammtisches. So wussten alle schon, dass die existierenden Stromnetze derzeit völlig überbelastet waren und viel grüner Strom deswegen auch nicht benutzt wird, weil Kohle immer Vorrang hat. Es war auch deutlich einfacher, Unterstützung für Widerstand aus weniger direkt-räumlich betroffenen Nachbardörfern zu bekommen, weil es auch dort Betroffenheit gab: ihr grüner, selbst-erzeugter Strom wäre noch weniger wert, wenn die neuen Stromtrassen für Kohlestrom angelegt werden würden.

Es gab deswegen keinen Mangel an Wissen unter den Gegnern, für die die Krise keine Wissenskrise war; es gab nur Streit. Dörfer gegen Energiebetriebe; CSU, Grüne und Linke gegen CDU, FDP und SPD, Kohlestrom gegen Sonnen- und Windenergie usw. Wissenschaftler werden mobilisiert, um zu zeigen, dass die Stromtrassen notwendig waren, aber dafür brauchte man eine Bedarfsanalyse. Die durch die CSU geforderte Bedarfsanalyse zeigte, dass Bayern die Stromtrassen gar nicht braucht. Das gleiche Ergebnis war schon für Thüringen festgestellt worden. RWE, Amprion und die deutsche Bundesregierung verloren die öffentliche Debatte, weil sie nicht überzeugen konnten, dass die neuen Stromtrassen nötig und erforderlich für die Energiewende waren.

Der dritte Schritt ist das Enrollment. Die Bürgerinitiative musste dafür sorgen, dass die mobilisierten Interessen auch in bestimmte Handlungen umgesetzt werden und dass es eine Rollenverteilung und Akzeptanz dieser Rolle gibt. Das war viel schwieriger als Problematisierung oder Interessement, weil Bürgerinitiative sich selbst eher als politisches Druckmittel verstehen. Die Rollen, die damit zusammenhängen, sind dann eher: sich mit Demonstrationen beteiligen, sich in Foren der öffentlichen Debatten zu diesen Themen melden, mit Vertretern der Landespolitik reden usw. Am Anfang war die Beteiligung gut. Mit Bussen werden hunderte Demonstrierende nach Veranstaltungen durch ganz Bayern gefahren. Verschiedene Bürgerinitiativen verknüpften sich und bildeten gemeinsame Informations- und Wissensbestände und in den öffentlichen Medien entstand sogar etwas mehr Gleichgewicht in der Berichterstattung über die kontroversen Stromtrassen.

Im Mai 2014 war Bernhard aber noch immer nicht beruhigt. Es ging eigentlich gar nicht (mehr) um das Wissen, sondern um die rechtlichen Möglichkeiten, das Planungsverfahren zu stoppen. Dort hatte die Enrollment weniger Erfolg gehabt. Amprion hat schon viel Geld in die Planung investiert. Die benötigten Materialien (z.B. Stahl, Kupfer, PVC) waren schon bestellt worden; dabei geht es um Milliarden Euros und es gab schon ein Netzausbaubeschleunigungsgesetz, das schon vom Bundestag genehmigt worden war.⁸ Deswegen tauchte auch hier doch

⁸ www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/nabeg/gesamt.pdf.

noch eine Wissenskrise auf. Die Politik würde langsam aber sicher ruhiger; das Thema weniger heiß. Die Mobilisierung eines dauerhaften Widerstands – der vierte Schritt einer erfolgreichen Netzwerkbindung – hat eigentlich noch kaum stattgefunden oder war bisher zumindest nicht dauerhaft genug, um die politische Lage weiterhin stark unter Druck zu setzen.

Zwischenfazit

Der Neubau der Gleichstromtrasse Ost-Süd hat für sowohl Fürsprecher als auch Gegner den gleichen OPP: Die Energiewende. Diese OPP versammelt bestimmte Interessen, die mittels bestimmter Wissensbestände diskursiv operationalisiert worden sind. Interessant dabei ist vor allem, dass sich die Fürsprecher viel weniger um eine Begründung der Notwendigkeit der Stromtrassen für die Energiewende gekümmert haben. Die Soziologie der Übersetzung Callons sollte vielleicht genau für stark politisierte Kontroversen etwas ergänzt werden. Wäre es möglich, dass bestimmte Wissenskrisen durch einen strategischen Einsatz eines scheinbaren OPPs so gestaltet werden, dass die versammelten Interessen zu einer falschen Mobilisierung führen?

Hier zeigt sich nicht eine oft geäußerte Schwäche der ANT (dass sie a-politisch sei), sondern ihre Kraft: OPPs sind notwendig, um Netzwerke zu gestalten; diese Gestaltungen sind intentional und strategisch und deswegen immer-schon politisch. Die besondere Macht eines OPPs ist aber, dass sie ihre politischen Grundlagen verheimlichen kann, womit, wenn nötig, bestimmte Interessen als »Gemeinwohl« dargestellt werden können. Wissen spielt dabei eine kritische Rolle: Behauptungen müssen noch immer begründet werden.

Von Anfang an war während der Planung des Netzausbaus klar, dass es Akzeptanzprobleme geben könnte. Die offizielle Strategie, Bürger während der Planungsverfahren aktiv miteinzubeziehen und sie sogar einzuladen, in die neuen Stromtrassen zu investieren und sich am Gewinn zu beteiligen, waren allerdings nicht erfolgreich. Stromtrassen sind – in der Sprache der ANT – riskante Objekte. Sie tun nicht immer nur das, was von ihnen behauptet wird, das sie tun sollen. Neben Elektrizität übertragen sie auch andersartige Ströme: die sogenannten »Risikoströme« (risk-flows).

Neben den schon erwähnten gefürchteten ökologischen und Gesundheitsrisiken gibt es auch politische finanzielle und wirtschaftliche Risiken; es gibt sogar strategisch-militärische Risiken (»der russische Betrieb Gazprom hat Interesse an einer Teilübernahme von RWE«, Torello 2015). Die Infragestellung des Ausbaus des Stromversorgungsnetzwerks schöpft neue »Dinge von Belang« (und die lassen sich oft leicht als Risikoströme darstellen).

Die Relevanz des Monadismus für die Wissenssoziologie

Die zweite Frage ist deswegen, was es bedeutet, wenn wir sagen, dass es eine Wissenskrise gibt? Die Unsicherheit, worauf das Zögern basiert, lässt sich nicht lösen; eine Entscheidung wird anscheinend noch immer nicht getroffen, die Drohung bleibt, die Mittel, um sie zu bekämpfen, sind nicht vorhanden. Monadistisch übersetzt würde man deswegen fragen, inwieweit es einen Schwellenwert gibt, wo sich Zögern zum Verzweifeln wandelt? In der Verzweiflung verliert das

Wissen seinen Bezug auf die Krise; die Assemblagen werden dann entbunden, der Zusammenhalt erodiert; das Soziale zerbricht.

Das Wissen, das für die Überzeugung des Widerstands gegen die geplanten Stromtrassen notwendig war, war anscheinend nicht das richtige Wissen. Es geht hier nicht um ein demokratisches, sondern um ein verwaltungstechnisches Verfahren. Die Stromtrassen sind Teil einer umfangreichen bundesweiten Energiepolitik, sie verbinden nicht nur eine geplante Braunkohleverbrennungszentrale mit einer Transformationsstation über eine Strecke von 450 Kilometern; sie verbinden auch Vertreter der Industrie und der Politik; innerhalb der Politik »verbinden« sie nationale, regionale und lokale Interessen, obwohl dieses Verbinden auf keinen Fall ohne Widerstand stattfindet. Sie verbinden auch (globalisierte) ökonomische und ökologische Interessen: Energie, Profit und Nachhaltigkeit sind nicht nur diskursive Figurationen, sondern auch konkrete objektbezogene Ereignisse, die mittels Konten und Berichten nachvollzogen werden können.

Diese Verbindungen zeigen schon, dass das Beispiel von einer großen Komplexität handelt. Mittels eines Konzepts der Risikoströme (*Risk-Flows*) kann man beschreiben, wie Krisen als *Figurationen* der Risiken gestaltet werden. Figurationen (vgl. Latour, 2005) sind materiell-semiotische Assemblagen von Materie – Energie – Information, die wegen ihrer flexiblen Abstraktion (als Virtualität) sehr leicht zwischen unterschiedlichen Situationen wechseln können (van Loon 2014).

Die wissenssoziologische Orientierung auf die Interessenbezogenheit der Wahrnehmung und Bedeutsamkeit bestimmter (krisenhafterer) Situationen braucht keine Voraussetzung von »Sinn« als schon-immer vorgegeben, sie ist auch monadistisch übersetzbar. Die Erfahrung des Zögerns ist nicht unbedingt eine Unentschlossenheit (oder sogar ein Mangel) des Sinns, sondern ein Widerstand zwischen (noch) unvereinbarten Interessen.

Sinn entsteht erst, wenn eine Übersetzung im Sinne von Problematisierung stattgefunden hat; Sinn wird zugeschrieben, wenn unterschiedlichen Interessen auf einen gleichen OPP hinweisen; dann entstehen auch Handlungsoptionen. Die Legitimitätsfrage betrifft die Verknüpfbarkeit zwischen bestimmten Interessen und dem vorgelegten OPP. Laut dieses monadistischen Ansatzes, würde die epistemische Grundlage der Legitimität erst dann wichtig, wenn es schon eine Interessenverbundenheit mit dem OPP gibt.

Dabei geht es nicht so sehr um Komplexitätsreduktion, sondern um eine Wechselwirkung zwischen den Modalitäten des Zögerns und der Verzweigung. Diese sind keine intrapsychologischen Zustände eines Individuums, sondern bestimmte Erfassungen eines virtuellen Raumes »zwischen« Entscheidung und Handlung, die deswegen weder eine rein objektive Realität noch eine rein subjektive Erfahrung, sondern eine virtuelle Wirklichkeit sind. Diese Erfassung einer virtuellen Wirklichkeit ist schon in der konkreten Lage eines Dorfes wie Emsing empirisch als Krise nachvollziehbar, aber Betrachtung soll nicht auf einen Ort lokalisiert werden. Genauso wie die befürchteten Stromtrassen, sind diese Erfassungen des Zögerns und der Verzweigung stark vernetzt. Auch sie entfalten eine empirische Metaphysik, die man (nach Stengers) kosmopolitisch nennen könnte.

Die mittels Diskursanalysen, Beobachtungen und Interviews weiter zu erforschende Fallstudie dient dazu, empirisch zu belegen, wie man soziologische Begriffe wie Krise, Wissen, Vertrauen, Legitimierung und Institution anwenden kann, ohne dass man vorher »von außen« bestimmen muss, was sie genau bedeuten. Risikoströme werden uns in die richtigen Orte führen, weil sie mehr sind als Behauptungen. Sie sind vor allem Erfassungen, die selbst als Erfahrungen »er-

lebt« worden sind und deswegen darauf verweisen, was in bestimmten Assemblagen »auf dem Spiel« steht, wenn man zögert und was gefährdet wird, wenn man zur Verzweiflung geführt wird.

Michel Callons (1986) Tetrade von *Problematisierung – Interessement – Enrollment – Mobilisierung* lässt sich, wie in dieser kleinen Analyse erwähnt, auch sehr einfach auf diese Situation anwenden. Das Zögern, das die Krise bezeichnet, bietet einen Raum für die Gestaltung eines OPP. Das Beispiel der Erfassung eines Dorfes und der Stromtrassen zeigt uns, wie Prozesse der Übersetzung von Risikoströmen funktionieren und wie bestimmte Allianzen versuchen, mittels der Kreation von Obligatory Passage Points eine bestimmte empirische Metaphysik (des Widerstands) gegen die Wissenskrisen selbst zu schützen. Risikoströme sind deswegen gefährlich, weil sie alles in Frage stellen können. Um erfolgreich sein zu können, ist diese empirische Metaphysik darum gezwungen, selbst eine bestimmte mediale Assemblage von Wissenschaft, Wirtschaft, Recht und Politik zu kreieren (Institutionalisierung). Obwohl der Prozess noch in vollem Gange ist, ist der Versuch momentan sehr stark darauf ausgerichtet, den Schlüsselbegriff der *Energiewende* offensiv und vor allem *wissenschaftlich* anzufassen, damit sie als OPP eine neue, inklusivere, aber auch radikalere Bedeutung bekommt. Die Rolle der Objektivierung dieser empirischen Metaphysik der Energiewende betrifft die Erfassung der Risikoströme und ihre Vernetzung in einer Assemblage des Widerstands. Ohne diese Objektivierung wird am Ende das Zögern nur zur Verzweiflung führen.

Literatur

- Berkel, M. 2013: Ausbau des Stromnetzes: Notwendigkeit der Energiewende. www.bpb.de/politik/wirtschaft/energiepolitik/148524/ausbau-des-stromnetzes (letzter Aufruf 10. März 2015).
 Bundesgesetzblatt Jahrgang 2014 Teil I Nr. 33, S1066-1132. Bundesanzeiger Verlag Bonn: 24. Juli 2014.
 Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz. (2011) Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz (NABEG). <http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/nabeg/gesamt.pdf> (letzter Aufruf 10. März 2015).
 Bundesnetzagentur (ohne Datum) Bundesnetz zukunftssicher gestalten. http://www.netzausbau.de/cdn_1411/DE/Wissenswertes/Recht/Recht-node.html (letzter Aufruf 10. März 2015).
 Callon, M. 1986: Some Elements of a Sociology of Translation: Domestication of the Scallops and the Fishermen of St Brieuc Bay. *Law (Hg) Power, Action and Belief: A New Sociology of Knowledge*. London: Routledge & Kegan Paul, 196–233.
 Dewey, J. 1958: *Experience and Nature*. New York: Dover.
 James, W. 2008: *Essays in Radical Empiricism*. New York: Cosmo.
 Latour, B. 2005: *Reassembling the Social. An Introduction to Actor Network Theory*. Oxford: University Press.
 Popper, K. 1972: *Objective Knowledge*. Oxford: Oxford University Press.
 Russell, B. 1928: *Skeptical Essays*. New York: Norton.
 Small, A. W. 1905: *General Sociology. An Exposition of the Main Development in Sociological Theory from Spencer to Ratzenhofer*. Chicago: University of Chicago Press.
 Tarde, G. 1899: *Social Laws: An Outline of Sociology*. New York: Macmillan.
 Torello, M. 2015: RWE-Gazprom Threat to Nabucco. *The Wall Street Journal*. 10 March 2015. <http://blogs.wsj.com/brussels/2011/07/14/rwe-gazprom-deal-wont-help-nabucco/> (letzter Aufruf 10. März 2015).
 Van Loon, J. 2014: Remediating Risk as Matter-Energy-Information flows of Avian Influenza and BSE. *Health Risk & Society*. 16. Jg., Heft 5, 444–458 DOI: 10.1080/13698575.2014.936833